



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rathaus
Friedensplatz 1, 44122 Dortmund
Fon: 0231 - 5022078
Fax: 0231 - 5022094
www.gruene-do.de

**An die
Medien**

Dortmund

25.04.08

PRESSEMITTEILUNG

Skandal im Rat : CDU macht Rechte hoffähig

„Mit der erstmaligen Zustimmung zu einem Antrag der DVU im Rat hat die CDU-Fraktion nicht nur einen Tabu-Bruch begangen. Sie macht die Rechtsextremen damit auf unerträgliche Weise hoffähig. Das ist bestürzend.“, kommentiert **Wolfram Frebel**, Ratsmitglied der GRÜNEN, das Abstimmungsverhalten der CDU in der Sitzung des Rates am späten Donnerstag Abend.

Der Antrag der DVU stand erst gegen Ende der Ratssitzung auf der Tagesordnung. Inhaltlich ging es dabei um Räumlichkeiten im Rathaus für die DVU-Fraktionsgeschäftsstelle, die momentan im Stadthaus untergebracht ist. Statt der ansonsten üblichen gemeinsamen Ablehnung von Anträgen der Rechtsextremen durch alle anderen Fraktionen stimmte die CDU nun erstmalig einem solchen Antrag zu.

Wolfram Frebel: „Den von uns initiierten Aktionsplan gegen Rechts hat die CDU nicht mitgetragen. Jetzt setzt sie mit der erstmaligen offenen Unterstützung der DVU sogar noch einen oben drauf. Beides – die Ablehnung des Aktionsplans sowie die Unterstützung des DVU-Antrags – hat die CDU mit der Gleichsetzung von Rechten und Linken begründet. Das ist historisch falsch und verheerend und wirft ein bezeichnendes Licht auf das Verständnis der CDU von deutscher Geschichte.“

Als vollkommen skandalös bewerten die GRÜNEN das Verhalten der CDU-Fraktion bei einem Redebeitrag des GRÜNEN Ratsmitglieds Manfred Krüger-Sandkamp. In seiner Rede gegen einen weiteren DVU-Antrag wurde er gemeinsam von CDU und den Rechtsextremen ausgezählt, weil er angeblich seine Redezeit überschritten hatte.

Wolfram Frebel: „Eine christlich-demokratische Fraktion versucht gemeinsam mit den Rechten den Redebeitrag eines GRÜNEN zu beenden. Das ist eine bisher im Rat nicht für möglich gehaltene Kumpanei. Fast hat man den Verdacht, die CDU sucht mangels anderer Möglichkeiten langsam, aber stetig nach Mehrheiten auch jenseits der demokratischen Parteien.“